KOMMENTAR

Luxusgut

Philipp Sémon
zur E-Mobilität im Kreis

philipp.semon@vrm.de

Die Zahlen sprechen für sich: Im Kreis Bergstraße werden immer mehr E-Autos zugelassen. Die Richtung stimmt also, auch wenn die Entwicklung viel Kraft und Geld kostet. Und in Zukunft noch mehr öffentlicher finanzieller Aufwendungen bedarf. Denn nun muss dringend die Infrastruktur mit den steigenden Zulassungszahlen Schritt halten.

Flickenteppich an Anbietern sorgt für Tohuwabohu

Aber gerade in diesem Bereich hapert es noch gewaltig. Ein Flickenteppich an Anbietern, verschiedene Bezahlmodelle – Fahrer eines E-Autos müssen sich auf ein Tohuwabohu einlassen. So lange jeder Anbieter sein eigenes Süppchen kocht, bleibt der Umstieg für viele Menschen im Kreis Bergstraße ein ferner Traum. Nicht nur in ländlicheren Gebieten, auch in Städten mit einem zu geringen Angebot. Zwar mag die Reichweite eines E-Autos mittlerweile selbst im Winter für die meisten Nutzer für den Arbeitsweg ausreichen. Aber was tun, wenn kein Anbieter gerade in strukturschwächeren Gebieten bereit ist, eine öffentliche Ladesäule zu finanzieren? In den nächstgrößeren Ort fahren und eine Stunde beim Auto bleiben? Wenn nur die eigene Steckdose und die Installation einer Wallbox die Optionen sind, bleibt E-Mobilität erst einmal ein Luxusgut.

Eher Frust als Lust beim Laden

Wer im Kreis Bergstraße mit dem Elektroauto unterwegs ist, braucht vor allem beim Stromtanken Nervenstärke

Von Bernd Sterzelmaier

Nicht immer so einfach: Ein Elektroauto wird an der Ladesäule am Graben in Heppenheim betankt. Foto: Arne Schumacher

KREIS BERGSTRASSE. „Wer laden will, muss leiden“, so fassten im Januar 2017 Besitzer von Elektroautos aus dem Rhein-Neckar-Raum ihre Erfahrungen zusammen. Sie trafen sich regelmäßig am Stammtisch zum Gedankenaustausch. Wegen Corona sind diese Zusammenkünfte nicht möglich. An den Klagen über eine gewisse Ladehemmung beim Stromtanken hat sich aber nicht viel verändert, wie Tobias Bucher bestätigt, einer der Aktivisten aus Lorsch.

Im Vergleich zu 2017 fahren mehr Autos mit dem „E“ auf dem Kennzeichen durch den Kreis Bergstraße. Auch die Zahl der Ladesäulen hat sich vergrößert, kann mit der Entwicklung allerdings kaum Schritt halten. Laut Bucher ist nicht die Reichweite der Elektroautos das Problem. Es sind die Hindernisse, die überwunden werden müssen, um die richtige Ladesäule zu finden.

Natürlich lassen sich die meisten Elektroautos auch zu Hause an der Schuko-Steckdose laden. Doch das kann bis zu zehn Stunden dauern. Wer sich eine sogenannte Wallbox installieren lassen kann, hat innerhalb von eineinhalb Stunden einen vollen Akku.

Wer allerdings in einer Mietwohnung wohnt oder in einem Reihenhaus, das nicht direkt an der Straße steht, dem hilft die Wallbox nicht weiter.

Jürgen Götz ist seit wenigen Wochen stolzer Besitzer eines Tesla. Sein Reihenhaus ist 50 Meter von Garage und Stellplatz entfernt. Dort gibt es keinen Stromanschluss. Götz ist also gezwungen, sich auf die Suche nach einer öffentlichen Ladestation zu machen. Landrat Christian Engelhardt betont: „Die Zahl der Ladestationen im Kreis hat sich von Ende 2020 bis heute mehr als verdoppelt. Mit jeder zusätzlichen Auflade-Möglichkeit entsteht mehr Flexibilität für Fahrerinnen und Fahrer von E- oder Hybrid-Autos.“

Bucher verfügt zwar über eine Wallbox. Doch auch er ist – beispielsweise beim Kurzurlaub im Schwarzwald – auf die öffentliche Lade-Infrastruktur angewiesen. Er vermisst ein einheitliches Bezahlsystem. Kabel einstecken, die EC-Karte kontaktlos an die Säule halten, so stellt er sich E-Mobilität vor. „Dabei sind die Preisunterschiede enorm“, sagt er.

Was den Strompreis an der eigenen Wallbox betrifft, wünscht sich Bucher ein intelligentes Tarifsystem. Dann könnten die Energieversorger Anreize schaffen, das Auto nach Möglichkeit nachts zu laden, wenn Windstrom im Überfluss vorhanden ist. Technisch wäre es sogar möglich, das Auto als Stromspeicher zu nutzen. Der Energieversorger könnte dann auf diesen Strom zurückgreifen, oder die Energie aus dem Auto-Akku würde die Wärmepumpe oder die Waschmaschine antreiben. Viele Autos werden 20 Stunden am Tag nicht bewegt.

Götz ist mit seinem Wagen meist zwischen Bensheim und Heppenheim unterwegs. Während er arbeitet, könnte er seinen Tesla an einer der Säulen in der Innenstadt aufladen. Dann stellt sich das nächste Problem: Lässt er das Fahrzeug dort acht Stunden stehen, obwohl der Akku schon nach zwei Stunden voll ist, blockiert er die Ladesäule und wird zum Falschparker. Ob am Bensheimer Rathaus oder vor dem GGEW-Verwaltungsgebäude an der Dammstraße: Immer wieder stehen dort Autos an den Stationen, die nur parken, statt zu laden.

Bucher ist einer der Pioniere, die sich vor Jahren im Verein „Freie Infrastruktur“ um die Sparte E-Mobilität gekümmert haben. Er fasst seine Kritik so zusammen: „Nervig ist die schlechte Lade-Infrastruktur. Es gibt zwar an der Bergstraße genügend Ladesäulen. Jedoch sind diese oft von Verbrennern zugeparkt. Hier fehlt eine eindeutige Rechtslage.“

Er findet sich im Tarifdschungel zurecht, weiß aber, dass er das nicht von jedem Autofahrer erwarten kann. So verweist er auf die Internetseite www.chargeprice.app, die über Standorte und Preise Auskunft gibt. So würde das Laden eines Tesla mit der Ladekarte des Anbieters Freshmile am Rinnentor in Bensheim mit 49 Cent pro Kilowattstunde (kWh) etwa zwölf Euro kosten, mit der Ladekarte von Maingau Energie 24,30 Euro und bei den Pfalzwerken fast 29 Euro.

Die GGEW verlangt nach Buchers Berechnungen 0,4165 Euro pro Kilowattstunde, also 20,41 Euro für den vergleichbaren Ladevorgang, Entega 0,36 Euro pro Kilowattstunde, also 17,64 Euro. „Es kann auch sein, dass man fürs Laden noch eine Grund-, Bearbeitungs- und Parkgebühr zahlen muss.“ Seine Erfahrungen teilt Bucher unter anderem auf der Internetseite www.energieblogger.net mit. Der Ingenieur schreibt zum Beispiel über Fahrten mit seinem Auto vom Typ Twingo, mit dem er nach einem Jahr 10 000 Kilometer zurückgelegt hat. ▶ KOMMENTAR

ES WERDEN IMMER MEHR

▶ Im Kreis Bergstraße sind nach Angaben der Pressestelle (Stand 18. Januar) **2271 Autos mit Elektroantrieb** zugelassen. Laut Kraftfahrt-Bundesamt waren es zwei Jahre zuvor 323, vor einem Jahr 1124 E-Autos. Die Gesamtzahl der zugelassenen Autos liegt bei 188 357. Laut Bundesnetzagentur gibt es im Kreis 76 Ladestationen mit 141 Ladepunkten. Im Oktober 2020 waren es noch 62 Ladestationen, darunter nur wenige Schnelllader. Nach Auskunft im Landratsamt sind diese Stationen folgenden Betreibern zuzuordnen: EWR AG, Energieried, Aldi Süd, Stadtwerke Weinheim, Pfalzwerke AG, Vogel Autohäuser, GGEW, Charge-On, Fastned, BP Europa, EWE Go, Entega, EnBW, Allegro, Stadtwerke Viernheim, EWS Elektrizitätswerke Schönau eG, Energiegenossenschaft Starkenburg, Tesla sowie Privatpersonen. (ai)

Hilfestellung für die digitale Welt

Neue Medienbroschüre soll Lehrkräfte oder Eltern bei der Begleitung der Jugendlichen unterstützen

KREIS BERGSTRASSE (red). Kinder und Jugendliche nutzen digitale Medien täglich, um mit Freunden zu kommunizieren, sich selbst auszudrücken oder einfach zur Unterhaltung. Grenzloser Informationsbeschaffung steht fast nichts mehr im Wege.

Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Eltern und Erziehende auf der anderen Seite stehen vor der Herausforderung, in der scheinbar unendlichen Welt der digitalen Möglichkeiten den Überblick zu behalten. Sie haben aber die verantwortungsvolle Aufgabe, Kinder und Jugendliche bei der digitalen Mediennutzung zu unterstützen.

Hierzu gehört es, die Chancen und Möglichkeiten, aber auch die Gefahren und Grenzen von digitalem Handeln aufzuzeigen, betont das Polizeipräsidium Südhessen.

Mit einer neuen Broschüre werden Medienangebote und Hilfeeinrichtungen gebündelt aufgezeigt, um Lehrkräfte oder Eltern bei der Begleitung der Kinder und Jugendlichen in der digitalen Welt zu unterstützen. Martina Schmiegelt, Geschäftsstelle Südhessen des Netzwerks gegen Gewalt, und der Medienpädagoge des Polizeipräsidium Südhessen, Florian Sauerwein, haben in Kooperation mit dem Kreis Groß-Gerau, dem Landkreis Darmstadt-Dieburg, der Wissenschaftsstadt Darmstadt und dem Kreis Bergstraße die Medienbroschüre erstellt, die über das Unterstützungsangebot informiert.

Die aufgeführten Behörden, Institutionen, Vereine und Netzwerkpartner geben unter anderem Hilfestellungen zu Fragen wie Verletzungen digitaler Persönlichkeitsrechte, Cybermobbing, Sexting, Mediensucht, Datenklau, Hate Speech, Fake News, Jugendschutz, Urheberrechte oder Pornografie.

Die digitale Version der Broschüre kann unter dem Link www.netzwerk-gegen-gewalt.hessen.de heruntergeladen werden.

AUF EINEN BLICK

Geld für Tests in Kitas

KREIS BERGSTRASSE (schu). Das Land Hessen verlängert die hälftige Finanzierung von Corona-Tests bei Kita-Kindern bis zum Ende der Osterferien am 22. April. Das teilten Finanzminister Michael Boddenberg und Sozialminister Kai Klose mit. Aufgrund der steigenden Infektionszahlen beteiligt sich das Land an den Kosten für bis zu drei Tests pro Woche und Kind, heißt es zur Begründung. Die Jugendämter sind Ansprechpartner für Kitas, die Tests durchführen möchten. Insgesamt stellt das Land 16 Millionen Euro bereit, der Kreis Bergstraße erhält 688 189 Euro.

CORONA-TICKER

Inzidenz klettert auf 929,8

KREIS BERGSTRASSE (schu). Immer mehr Menschen im Kreis Bergstraße erkranken an Covid-19. Am Mittwoch meldete die Kreisverwaltung 415 Neuinfektionen. Spitzenreiter mit 62 Betroffenen ist dieses Mal Heppenheim, gefolgt von Lampertheim (60) und Bensheim (52). Am wenigsten neue Fälle verzeichnen die Kommunen Hirschhorn und Neckarsteinach (jeweils 1). Die Inzidenz klettert laut Robert-Koch-Institut auf den Wert von 929,8. Aktuell befinden sich 44 Patienten mit positiver PCR-Testung in stationärer Betreuung, davon sind elf Menschen in intensivmedizinischer Betreuung. Der Altersdurchschnitt der Erkrankten beträgt laut Kreis nach wie vor 66 Jahre.

Kritik an Corona-Maßnahmen

Bergsträßer Mittelstands- und Wirtschaftsunion sowie Junge Liberale fordern Regierung zum Handeln auf

Von Kerstin Schumacher

Im Einzelhandel soll die Pflicht zur Kontrolle aller Kunden entfallen, fordert die MIT. Dies könnte die von Corona ohnehin gebeutelten Unternehmen entlasten. Foto: dpa

KREIS BERGSTRASSE. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Bergstraße hat eine „Mittelstandsoffensive 22“ vorgelegt. „Unser Ziel ist es, den Mittelstand in der Corona-Pandemie zu stärken“, begründet Matthias Wilkes, Landrat a. D. und Kreisvorsitzender der MIT-Bergstraße, den Vorstoß: „Viele unserer Betriebe an der Bergstraße liegen seit zwei Jahren in Corona-Fesseln. Was sie jetzt brauchen, ist ein Befreiungsschlag.“

Die Unternehmen wollten in erster Linie keine Hilfen, sondern wieder frei wirtschaften, betont die MIT. „Die Betriebe sollen mit weiteren steuerlichen und bürokratischen Erleichterungen wieder durchstarten. Davon profitieren alle.“

Eine generelle 2G-Pflicht in Betrieben lehnt die MIT Bergstraße ab. Die Arbeitgeber sollten jedoch ein Wahlrecht erhalten sowie die Möglichkeit, arbeitsrechtliche Konsequenzen durchzusetzen. Wilkes: „Auch in Zukunft werden sich einige Arbeitnehmer leider nicht impfen lassen. Jeder Betrieb, der sich für 2G entscheidet, muss diese dann auch freistellen können – ohne Anspruch auf Lohnfortzahlung.“ Derzeit gebe es diese Möglichkeit nur im Gesundheitswesen.

Im Einzelhandel soll die Pflicht zur Kontrolle aller Kunden entfallen. „Derartige Kontrollen sind mit hohem Aufwand für die Unternehmen verbunden. Praxisgerechter wäre eine Stichprobenregelung, die dokumentiert werden muss“, schlägt Wilkes vor.

Aus Sicht der MIT müsse der Staat die Fristen für die Steuererklärung 2020 erneut verlängern. Zunächst aber müsse die kalte Progression abgeschafft werden. „Dazu muss die aktuelle hohe Inflationsrate im Einkommenssteuertarif 2021 berücksichtigt werden. Sonst droht trotz Gehaltserhöhungen ein Kaufkraftverlust.“

Darüber hinaus fordert die MIT-Bergstraße, den Mittelstand bürokratisch zu entlasten. Alle staatlichen Betriebs- und Nutzungsgenehmigungen, die 2022 auslaufen, sollten automatisch verlängert werden.

„Eine weitere Belastung, die der Staat schnell abschaffen könnte, ist die EEG-Umlage. Diese sollte schon zum 1. Januar 2022 abgeschafft werden und über eine nachträgliche Rückerstattung bei der Steuererklärung an die Unternehmen zurückgezahlt werden“, fordert Wilkes.

Auch die Jungen Liberalen (Julis) Bergstraße fordern eine Rückkehr zur Normalität. „Wir befürworten, dass in der Vergangenheit Maßnahmen zum Gesundheitsschutz der Bürger umgesetzt wurden.“ Doch inzwischen habe jeder Bürger ein Impfangebot erhalten. Die Julis fordern die Regierung auf, die Corona-Schutzmaßnahmen wie geplant am 20. März auslaufen zu lassen. Inzwischen sei offensichtlich, dass die Impfung die Pandemie nicht beendet, sondern den Einzelnen nur vor schweren Verläufen schützt, schreiben die Julis.

Außerdem positioniert sich der liberale Nachwuchs klar gegen eine Impfpflicht. Wichtig sei dagegen eine Pflicht zum Tragen von FFP2-Masken, überall dort, wo ein Mund-Nasen-Schutz erforderlich ist. „Wir sehen klar von Kontaktbeschränkungen ab, da diese nur mit schwerwiegenden Eingriffen in die Privatsphäre eines jeden Einzelnen umsetzbar wäre.“

Für die Gastronomie wünschen sich die Julis eine generelle 3G-Regelung, „da diese bereits genug unter den geltenden Maßnahmen der letzten Monate gelitten hat“. Tanzlokale und Klubs sollen unter der 2G-plus-Regel öffnen dürfen. „Die Rückkehr zur Normalität ist dringend erforderlich, um weitere soziale, gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden zu verhindern.“